

Medienmitteilung des VPOD Lehrberufe

Zürich, 12.02.2020

Offener Brief an die Zürcher Ständeräte: «Keine Lehrabbrüche nach langen Asylverfahren»

Rund 20 zivilgesellschaftliche Organisationen fordern mit einem offenen Brief an die Zürcher Ständeräte die Unterstützung einer Motion, welche Asylsuchenden den Abschluss einer Berufslehre ermöglichen soll.

Die staatspolitische Kommission des Nationalrats will mit einer Motion (Nr. 20.3925) ermöglichen, dass Asylsuchende, die einen Lehr- oder Ausbildungsvertrag haben und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, auch nach einem negativen Asylentscheid ihre Berufslehre weiterführen und abschliessen können. Im Nationalrat hat die Motion schon eine Mehrheit gefunden. In der Märzsession wird auch der Ständerat darüber befinden. Deshalb haben die rund 20 zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Kanton Zürich – mit zahlreichen engagierten Freiwilligen – in der Bildung und Berufsintegration von Geflüchteten arbeiten, mit einem offenen Brief die Zürcher Ständeräte Ruedi Noser und Daniel Jositsch dazu aufgerufen, die Motion im Rat zu unterstützen.

Beilage:

- Offener Brief an die Ständeräte

Kontakt und Information für die Medien:

Fabio Höhener, Gewerkschaftssekretär, VPOD Zürich Lehrberufe, 044 295 30 10; 079 353 51 74

Solinetz Zürich
Hanna Gerig
Dienerstr. 59
8004 Zürich

VPOD Zürich Lehrberufe
Fabio Höhener
Birmensdorferstr. 76
8036 Zürich

An die Zürcher Ständeräte: Ruedi Noser und Daniel Jositsch

Zürich, 11. Feb. 2021

Offener Brief: Bitte unterstützen Sie die Motion «Keine Lehrabbrüche nach langen Asylverfahren»

Sehr geehrter Herr Ständerat Noser,
sehr geehrter Herr Ständerat Jositsch

Aktuell berichten die Medien von einem jungen afghanischen Mann, Asylsuchender im Kanton Bern, der sich stark um seine Integration bemüht und eine Berufslehre als Koch begonnen hat. Eine erfreuliche Laufbahn! Doch nun muss er gemäss Vorgaben des Asylgesetzes nach einem negativen Asylentscheid seine Lehre abbrechen und er soll nach Afghanistan zurückgeschafft werden. Weite Kreise, insbesondere sein Lehrmeister und weitere Arbeitgebende aus KMUs, die Asylsuchende für eine Berufslehre eingestellt haben, beurteilen dies als unsinnig und unmenschlich. Denn der junge Mann kann seine Ausbildung nicht abschliessen, und der Betrieb verliert einen Lehrling, in den der Betrieb schon viel investiert hat.

Solche Fälle gibt es in mehreren Kantonen. Darum hat die staatspolitische Kommission des Nationalrats eine entsprechende Motion (Nr. 20.3925) eingereicht. Damit soll der Bundesrat beauftragt werden, die rechtlichen Grundlagen so zu ändern, dass Asylsuchende, die einen Lehr- oder Ausbildungsvertrag haben und im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, auch nach einem negativen Asylentscheid ihre Berufslehre weiterführen und abschliessen können. Im Nationalrat hat die Motion schon eine Mehrheit gefunden. In der Märzsession wird auch der Ständerat darüber befinden.

Wir bitten Sie – als Vertreter des Kantons Zürich im Ständerat –, diese Motion zu unterstützen. Wir sprechen für etwa 20 zivilgesellschaftliche Organisationen, die im Kanton Zürich – mit zahlreichen engagierten Freiwilligen – in der Bildung und Berufsintegration von Geflüchteten arbeiten. Aus unserer täglichen Praxis können wir bezeugen, dass es sowohl für die betroffenen jungen Menschen wie auch für die Gesellschaft von hohem Interesse ist, dass Asylsuchende, die hier längere Zeit leben, sich in der Schweiz ausbilden können, statt dass sie zum Abwarten und Nichtstun «verurteilt» sind.

Gerne geben wir Ihnen weitere Auskünfte oder Dokumentationen zu dieser Sache, falls Sie dies wünschen.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüssen

Hanna Gerig
Solinetz

Fabio Höhener
VPOD Zürich Lehrberufe

Ron Halbbright
NCBI / Unsere Stimmen

Isabel Brücher
Capacity

Georges Kübler
Werk.Statt-Flucht

Chantal Marquart
VoCHabular